

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 53. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. September 2007, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Wilfried Wengler (CDU)

i.V. von Johannes Callsen

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

i.V. von Bernd Schröder

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1378	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1396	
hier: Beratung Nr. 3 zweiter Spiegelstrich der Drucksache 16/1396	
2. Wirtschaftsbericht 2007	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1411	
3. Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein	7
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1456	
4. Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK	8
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1478	

5. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens **10**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1504

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1508

6. Verschiedenes **12**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1378

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1396

hier: Beratung Nr. 3 zweiter Spiegelstrich der Drucksache 16/1396

(überwiesen am 11. Mai 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den zweiten Spiegelstrich der Nummer 3 der Drucksache 16/1396 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 26. Tagung des Landtages konkret in einem schriftlichen Bericht darzulegen, mit welchen Initiativen zur Änderung von planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen sowie mit welchen Fördermaßnahmen sie dafür sorgen will, dass die langfristige Umstellung auf erneuerbare Energien gelingen kann.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Wirtschaftsbericht 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1411

(überwiesen am 7. Juni 2007 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1411, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1456

(überwiesen am 12. Juli 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Einstimmig empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, dem Landtag vorzuschlagen, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1456, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1478

(überwiesen am 11. Juli 2007 an den **Sozialausschuss**, den Europaausschuss
und den Wirtschaftsausschuss)

Auf der Grundlage der zum Antrag Drucksache 16/1478 am 11. Juli d. J. im Plenum geführten Aussprache unterstreicht M Döring noch einmal, dass das Modellprojekt GRAMARK, das ursprünglich bis 2004 befristet gewesen und zweimal verlängert worden sei, nunmehr nach einer Förderung über sechs Jahre definitiv enden werde, weil Modellprojekte nicht in eine Dauerförderung übergehen dürften. Die Bundesarbeitsagentur, die ARGEN, die Optionskommunen und EURES müssten sich nun auf verstärkte Anforderungen einstellen.

Abg. Harms erklärt, dass EURES eigentlich nichts mit Arbeitsvermittlung zu tun habe, sondern in erster Linie mit Informationen über die Arbeitsmarktsituation in Dänemark. Angesichts der sehr erfolgreichen Arbeit von GRAMARK dürfe es nun aber nicht eintreten, dass die Kompetenz der GRAMARK-Mitarbeiter für die Jobsuchenden im Norden nicht mehr zur Verfügung stehe, und deshalb schließe er, Abg. Harms, sich dem auch im Kreis Nordfriesland entwickelten Gedanken an, Manpower bei der Information und Arbeitsvermittlung im Regionalbüro Padborg zusammenzuführen, damit dort eine Arbeitsvermittlung „aus einem Guss“ entstehen könne.

M Döring weist darauf hin, dass sein Haus bezüglich EURES im Gespräch mit der Generaldirektion in Brüssel sowie der Arbeitsagentur sei und dass man diese Anregung von Abg. Harms bezüglich Padborg dabei gern thematisieren wolle, da auch die Landesregierung eine pragmatische Lösung anstrebe. Die Mitarbeiter von GRAMARK hätten sehr gute Arbeit geleistet, und deshalb wolle er, M Döring, diesen Punkt auch gern in den weiteren Gesprächen aufgreifen.

Abg. Dr. Garg hebt über den von Abg. Harms aufgezeigten Punkt hinaus auf das Erfordernis der Durchführung von Sprachkursen ab. Ihn habe es immer geärgert, wenn sich die Arbeitsagentur bisher bei der Finanzierung von Sprachkursen sehr schwer getan habe. Er bittet M Döring, bei seinen weiteren Gesprächen auch diesen Punkt positiv zu befördern.

Die Ausschussmitglieder vereinbaren, die Beratung des Tagesordnungspunktes an dieser Stelle zunächst einmal zu unterbrechen, und bitten M Döring, in der November-Sitzung des Wirtschaftsausschusses über das Ergebnis der von ihm angesprochenen weiteren Gespräche mit der Arbeitsagentur und mit der Generaldirektion in Brüssel zu berichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1504

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1508

(überwiesen am 11. Juli 2007 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Einleitend beschließt der Ausschuss auf eine Anregung von Abg. Dr. Garg, auch den dem Wirtschaftsausschuss vom Plenum nicht überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1363, zum Nichtraucherschutz im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse mit auf die Tagesordnung der nächsten Wirtschaftsausschuss zu setzen.

In der folgenden ersten Aussprache über die Vorlagen erbitten die Ausschussmitglieder zunächst von der Landesregierung synoptische Darstellungen, wie zum Nichtraucherschutz getroffene Regelungen in anderen Bundesländern und - gegebenenfalls - in Dänemark beschaffen sind und wie sich die Bandbreite der „Strafgelder“ dort darstellt. Darüber hinaus sollen die folgenden Fragen bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses schriftlich von der Landesregierung beantwortet werden:

- Hat die Landesregierung Erkenntnisse über den Rückgang von Gastzahlen als Konsequenz von Maßnahmen zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens?
- Bewertet die Landesregierung den Schutz der Gesundheit als ein höheres Rechtsgut als das Recht eines Gastwirts auf einen wirtschaftlichen Betrieb seines Unternehmens?
- Teilt die Landesregierung die von der GdP bereits vorgetragenen Vorbehalte bezüglich der Durchsetzung eines Rauchverbots in den bisher bundesrechtlich geregelten Fällen?

- Wie steht die Landesregierung zu der Regelung einer Innovationsklausel - wie im Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1363, vorgesehen -, die in anderen Bundesländern zum Teil bereits verabschiedet worden ist?
- Warum soll aus Sicht der Landesregierung in Schleswig-Holstein zum Beispiel das Rauchen in (Fest-)Zelten verboten sein, während es im Nachbarbundesland Hamburg erlaubt sein soll?
- Angesichts der Tatsache, dass es in Schleswig-Holstein mehr nichtkonzessionierte Veranstaltungslokale gibt als konzessionierte: Wie will die Landesregierung hier - auch bezüglich Spielbanken vs. Spielhallen - eine Gleichbehandlung sicherstellen?
- Zieht die Landesregierung für Kleinstgaststätten eine Sonderregelung in Betracht, wenn diese kleinen Gaststätten durch den Einbau einer hochwertigen Entlüftungsanlage ihre Gäste vor den Gefahren des Passivrauchens schützen?
- Wie kann der Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Heimen wie zum Beispiel in Altenheimen mit dem Grundrecht des Einzelnen auf freie Persönlichkeitsentfaltung in Einklang gebracht werden?

Auf die Frage von Abg. Dr. Garg, ob die Landesregierung plane, für die Gastronomie zur Schaffung von Raucherzonen (z. B. durch Umbaumaßnahmen) oder zur Installation von Lüftungssystemen zinslose oder zinsverbilligte Darlehen vorzusehen, erwidert St'in Wiedemann, dass dies zwar nicht gerade geplant sei, dass aber angedacht werde, wie man für solche Investitionen etwas regeln könne.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf folgende zusätzliche Sitzungstermine des Wirtschaftsausschusses hin:

- Montag, 17. September 2007, 14 bis 17 Uhr, Besuch der NordBau in Neumünster;
- Dienstag, 6. November 2007, ab 17 Uhr, gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft (in Kiel);
- Donnerstag, 22. November 2007, 13:15 Uhr, zweites Informationsgespräch mit der Konzernbevollmächtigten der DB AG für Hamburg und Schleswig-Holstein, Frau Plambeck.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp
Vorsitzender

gez. Manfred Neil
Geschäfts- und Protokollführer